



Berlin/ Witzenhausen, den 17.05.2014

Transparenz fordern und Transparenz zeigen!

Das Bündnis Junge Landwirtschaft bedankt sich bei allen Kandidatinnen und Kandidaten für Ihre Antworten auf unseren Offenen Brief vom 23.04.2014.

Besonders gefreut haben wir uns über das informative Gespräch mit Herrn Scholz (MdEP, DIE LINKE) und Frau Tackmann (MdB, DIE LINKE).



Bündnis Junge Landwirtschaft im Gespräch mit MdEP Helmut Scholz und MdB Kirsten Tackmann.

Mit Stand vom 14.05.2014 haben uns folgende Antworten erreicht:



Christdemokraten

Markus Ferber, 2. Mai 2014

Sehr geehrter Herr Freudl, sehr geehrter Herr Lehnert, sehr geehrter Herr Thomas,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 23. April zum Thema Strukturwandel in der Landwirtschaft.

Dass wir in vielen Mitgliedsländern der EU derzeit nach wie vor eine bäuerlich geprägte Landwirtschaft haben, liegt sicherlich auch an der großen Wertschätzung, die die Verbraucher qualitativ hochwertigen und regional hergestellten Lebensmitteln entgegenbringen. Die zugrunde liegenden Strukturen haben wir erst kürzlich mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gestärkt. Diese Erfolge dürfen wir auch künftig nicht aufs Spiel setzen. Für mich ist klar, dass die bäuerliche Landwirtschaft unser Leitmotiv sein muss. Für dieses Leitbild habe ich mich in den Verhandlungen zur GAP-Reform eingesetzt und dafür werde ich mich auch weiterhin einsetzen.

Ihre Bedenken zum transatlantischen Freihandelsabkommen teile ich uneingeschränkt. Gerade den Mangel an Transparenz in den Verhandlungen sehe ich ausgesprochen kritisch und habe ich wiederholt kritisiert. Ich bin davon überzeugt, dass gerade durch eine bessere Einbindung des Europäischen Parlaments als Vertreter der Bürger eine bessere Rückkopplung an Verbraucherinteressen zu erreichen wäre.

Ich darf Ihnen versichern, dass für mich europäische Verbraucherschutz- und Lebensmittelstandards durch Freihandelsabkommen keinesfalls angetastet werden dürfen. Genmais und Chlorhühnchen darf es in Europa nicht geben. Entsprechend sorgfältig werde ich das Verhandlungsergebnis prüfen und nur dann zustimmen, wenn ich mir sicher bin, dass die hohen europäischen Standards nicht gefährdet sind.

In der Hoffnung, Ihnen hiermit eine Hilfe gewesen zu sein, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Ihr
Markus Ferber (MdEP)

Birgit Collin-Langen, 5. Mai 2014

Sehr geehrter Herr Thomas,
sehr geehrter Herr Lehnert und sehr geehrter Herr Freudl,

die Verhandlungen über das Transatlantische Freihandelsabkommen werden von der Europäischen Kommission im Auftrag der EU-Mitgliedstaaten geführt. Diese Verhandlungen wurden im letzten Jahr begonnen und fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Aufgrund des enormen Drucks durch die Öffentlichkeit und auch durch das Europäische Parlament finden die Gespräche jetzt auf einer offenen Plattform statt und auch im Europäischen Parlament beginnen die Diskussionen jetzt richtig. Bereits als es um die Festlegung des Verhandlungsmandats ging hatte das Parlament in seiner EntschlieÙung die Kommission darauf hingewiesen, dass sie verpflichtet ist, das Parlament in allen Verhandlungsphasen (vor und nach den Verhandlungsrunden) unverzüglich und umfassend zu unterrichten. Für das Parlament ist eine während des gesamten Verhandlungsprozesses andauernde integrative und offene Diskussionen wichtig, und wir sind entschlossen bei der Einführung neuer Vorschriften eine proaktive Rolle zu übernehmen.

Die Verhandlungen müssen am Ende zu einem Ergebnis kommen, durch das die Wirtschaft in der EU nicht gefährdet und es unseren Unternehmen gleichzeitig ermöglicht wird, auf dem sehr großen US-Markt, der viele Möglichkeiten bietet, mehr Präsenz und Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen. Dabei ist für uns oberstes Ziel, kein Absenken unserer hohen Verbraucherschutzstandards zuzulassen. Dies gilt auch für unsere strengen Vorschriften für genetisch veränderte Lebensmittel und deren Einfuhr. Im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, dem ich angehöre, hat der erste Austausch mit dem Chefunterhändler der Kommission, Garcia Bercero, stattgefunden. Er hat uns versichert, dass die Verbraucherschutzstandards der EU nicht angetastet werden. Die weiteren Verhandlungen sind nun abzuwarten und sobald es konkrete inhaltliche Diskussionen gibt – zur Zeit reden wir noch über keine inhaltlichen Texte – werden wir diese im Detail ausführlich prüfen. Nach dem Abschluss der Verhandlungen wird es am Rat und dem Parlament als Mitgesetzgeber liegen zu entscheiden, ob man das Abkommen letztendlich annehmen oder ablehnen wird. Bis dahin ist es aber noch ein langer Weg und jetzt gilt es die Verhandlungen in die richtige Richtung zu lenken.

Ich selber stehe dem Freihandelsabkommen zurückhaltend gegenüber und diese Position teilen fast alle meine Kollegen. Und in diesem Sinne werde ich mich einsetzen und die Verhandlungen intensiv beobachten.

Mit freundlichen Grüßen,

Birgit Collin-Langen, MdEP

Axel Voss, 7. Mai 2014

Sehr geehrter Herr Thomas,

vielen Dank für Ihre Stellungnahme zum Freihandelsabkommen.

Im Folgenden möchte ich Ihnen gerne meine Position und die aktuellen Überlegungen zum TTIP erläutern.

Freihandel schafft Arbeitsplätze und Wohlstand. Diese Erfahrung kennen wir in Europa gut. Der Abbau der Zölle und anderer Handelsbarrieren zwischen den europäischen Staaten hat entscheidend zum Wirtschaftswunder nach dem Zweiten Weltkrieg beigetragen. Experten, wie beispielsweise die Bertelsmann-Stiftung und das Münchener ifo-Institut, haben die positiven Effekte eines Freihandelsabkommens auf Wachstum und Arbeitsplätzen bestätigt.

Das Freihandelsabkommen bietet der EU und den USA die Chance, auch im 21. Jahrhundert globale Standards in vielen Bereichen zu setzen, z.B. bei Umwelt-, Verbraucher- oder Arbeitnehmerschutz. Angesichts aufstrebender Mächte wie China, Indien oder Russland – wo die Standards zum Nachteil von Mensch und Umwelt oft deutlich geringer ausfallen – würde dies sonst schwieriger. Mit dem Freihandelsabkommen können wir unsere hohen Ansprüche zum Maßstab für spätere internationale Abkommen oder für ein globales System des Freihandels im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) machen, ohne die jeweiligen Standards aufweichen zu müssen.

Das Freihandelsabkommen eröffnet auch neue Chancen für unsere Bauern. In der Landwirtschaft verbieten derzeit beispielsweise die US-amerikanischen Vorschriften zur Pflanzengesundheit und zur Lebensmittelsicherheit die Einfuhr europäischer Äpfel oder zahlreicher europäischer Käsesorten. Bei einer Abschaffung von Handelshemmnissen könnten europäische Erzeuger ihre Verkäufe nach Amerika steigern. Das wäre gut für Unternehmen und Arbeitsplätze. Der Abbau von Handelshemmnissen der EU gegenüber Waren aus den USA würde wiederum eine größere Auswahl und niedrigere Preise für die europäischen Verbraucher bedeuten.

Das Freihandelsabkommen bezieht die Landwirtschaft und auch Fragen der Gentechnik ein. Klar ist dabei: Die Öffnung der Agrarmärkte muss für beide Seiten Vorteile bringen. Die USA möchten mehr von ihren landwirtschaftlichen Grunderzeugnissen verkaufen, etwa Weizen und Soja. Die EU führt dagegen überwiegend höherwertige Waren in die USA aus, wie Bier, verarbeitete Nahrungsmittel (bspw. Käse, Schinken und Schokolade), Spirituosen und Wein. Neben den Einfuhrverboten für Äpfel und verschiedene Käsesorten erheben die USA derzeit auch hohe Zölle – auf Fleisch 30 Prozent, auf Getränke mehr als 20 Prozent und auf Molkereiprodukte bis zu 139 Prozent. Hier könnten mit der Beseitigung von Handelsbarrieren die Ausfuhren der EU in die USA kräftig gesteigert werden.

Nach den Vorschriften der EU können nur die gentechnisch veränderten Organismen (GVO), die die hohen Standards in Europa erfüllen, als Nahrungsmittel, Futtermittel oder Saatgut zugelassen und verkauft werden. Das ist bereits heute so. Die entsprechenden Zulassungsverfahren unter Einbeziehung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) sollen auch künftig beibehalten werden. Der Austausch zwischen EU und USA in diesen Fragen soll durch das Freihandelsabkommen verbessert werden. Auch bei den strengen Vorschriften bezüglich tierischer Produkte soll es keine Abstriche geben – weder bei den Vorschriften über Hormone noch bei denen

zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Menschen, oder bei den Vorschriften zu Gesundheit und Wohlergehen von Tieren oder auch den Vorschriften zum Schutz der Umwelt und der Verbraucherinteressen.

Mit der Vereinbarung von Transparenz- und Konsultationspflichten zwischen der EU und den USA soll ein verbessertes und vertieftes Verständnis des jeweiligen Verbraucherschutzes erreicht werden. Kompromisse bei Sicherheit, Verbraucher- oder Umweltschutz wird es in der Sache selbst jedoch nicht geben. Ziel Deutschlands und der EU ist es, Verbraucherschutz und Produktsicherheit auf hohem Niveau zu erhalten und auszubauen. Ein Absenken von Standards – gerade im Lebensmittelbereich – steht für uns nicht zur Debatte. Hierzu zählt z.B. die Zulassung des von Ihnen angesprochenen „Chlorhühnchens“.

Die Ziele des Freihandelsabkommens dürfen nicht auf Kosten der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger gehen. EU und USA sollen auch in Zukunft Regeln zum Schutz der Bürger erlassen können.

Ich verstehe Ihre Kritik an den „Verhandlungen hinter verschlossenen Türen“. Diese Darstellung der Verhandlungsprozesse ist allerdings so nicht richtig. Die Handelsgespräche werden von der Europäischen Kommission im Auftrag der EU-Mitgliedstaaten geführt. Es gibt eine enge Abstimmung mit dem Europäischen Parlament und mit Interessengruppen, Verbänden und Nicht-Regierungsorganisationen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Axel Voss (MdEP)

Karl-Heinz Florenz, 8. Mai 2014

Sehr geehrte Frau Thomas,
sehr geehrter Herr Freudl und Herr Lehnert,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 25. April 2014 zu den Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den USA (TTIP), dass ich mit großem Interesse gelesen habe und zu dem ich hiermit gerne Stellung nehmen möchte. Die Verhandlungen zu TTIP stehen derzeit noch ganz am Anfang. Das Europäische Parlament wird sehr kritisch abwägen, an welcher Stelle wir auf die Amerikaner zugehen und wo wir an unserer Position festhalten werden, wie beispielsweise an der Chemikalienverordnung REACH, der Hormonfleischregelung oder auch im Bereich der genetisch veränderten Lebensmitteln. Ich kann Ihnen versichern, dass wir die Sorgen und Bedenken der Landwirte sowie aller anderen Bürger sehr ernst nehmen und ganz genau hinschauen werden.

Dennoch glaube ich, dass eine Handelspartnerschaft mit den USA der richtige Weg ist. Handelserleichterungen und der Abbau von Regulierungshemmnissen wirken für eine Exportnation wie Deutschland wie ein Konjunkturprogramm für mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze. Auch die deutsche und europäische Landwirtschaft haben ein Interesse an der Erschließung neuer kaufkräftiger Märkte, denn durch den demografischen Wandel stagniert die Nachfrage auf dem Binnenmarkt. Die CDU setzt sich für ein Freihandelsabkommen ein, das die verschiedenen Interessenlagen im Bereich der Landwirtschaft berücksichtigt und auch Fragen der Gentechnik einbezieht. Klar ist für mich und meine Partei dabei, dass die Öffnung der Agrarmärkte für beide Seiten des Abkommens Vorteile bringen muss. Wir möchten einen leichteren Marktzugang für die höherwertigen Lebensmittel auf den US-Markt erreichen, für die er heute durch hohe regulatorische Hürden verschlossen oder durch hohe Zollsätze behindert ist. Das gilt vor allem für verschiedene Käsesorten, für Äpfel oder für die Zölle auf Molkereiprodukte, Getränke und Fleisch. Gleichzeitig gilt

es, unsere hohen Verbraucher-, Tierschutz- und Umweltstandards zu sichern. Das betrifft z.B. gentechnisch veränderte Lebensmittel, Chlorhühnchen, Hormon- und Klonfleisch. Bei den strengen Vorschriften bezüglich tierischer Produkte soll es keine Abstriche geben, weder bei den Vorschriften über Hormone noch bei denen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Menschen, oder bei den Vorschriften zu Gesundheit und Wohlergehen von Tieren oder auch den Vorschriften zum Schutz der Umwelt und der Verbraucherinteressen.

Im Zentrum der Verhandlungen werden die ordnungspolitischen Schranken stehen, zu denen auch die gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Vorschriften (SPS) gehören, die die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Agrar- und Lebensmittelexporteure auf beiden Seiten durch unnötige Zusatzkosten direkt beeinträchtigen. Die Bestimmungen des Kapitels über SPS werden auf den wesentlichen Grundsätzen des SPS-Übereinkommens der WTO aufbauen. Es ist erforderlich, dass die gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen beider Partner auf wissenschaftlichen Grundsätzen und internationalen Normen beruhen und gemäß dem jeweiligen Schutzniveau bewältigt werden.

Dass mit TTIP der Schutz der Unternehmen höher gewertet würde als der Schutz von Mensch und Umwelt, wird oft behauptet und in den Raum gestellt. Diese Bedenken sind zwar legitim und sollten auch öffentlich angesprochen werden, sind in vielen Fällen aber aus der Luft gegriffen. Die Europäische Kommission, die die Verhandlungen mit den USA für die EU führt, hat mehrfach und öffentlich wiederholt, dass sie keine Kompromisse über den Grad an Schutz im Lebensmittelbereich oder Umweltbereich eingehen wird. Über Standards will die EU mit den USA nur unter der Voraussetzung sprechen, dass wir unsere erreichten Schutzmechanismen nicht aufgeben oder herabsetzen. Ich unterstütze diese Vorgehensweise und werde mich als Ihr Europaabgeordneter dafür einsetzen, dass unsere Verbraucher- und Umweltstandards auf dem hohen europäischen Niveau belassen werden, denn es geht um die Sicherheit der Verbraucher und den Schutz der Umwelt.

Oft hört man derzeit auch den Vorwurf, dass die Verhandlungen im Geheimen geführt werden und intransparent seien. Das ist so sicher nicht richtig. Die Verhandlungen sind weder geheim noch undemokratisch, wenngleich ein gewisses Maß an Vertraulichkeit zu wahren ist. Hierzu möchte ich feststellen, dass die CDU für eine breite und öffentliche Diskussion über die Ziele und Ausgestaltung von TTIP ist. Verhandlungen jedoch öffentlich zu führen, bedeutet, einseitig Verhandlungsstrategien preiszugeben und damit die eigenen Erfolgchancen zu minimieren. Dies ist nicht im Interesse der EU und ihrer Bürger. Die EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, haben der Europäischen Kommission im Juni 2013 ein Verhandlungsmandat erteilt. Die EU-Verhandlungsführer der Kommission können daher nur im Rahmen dieses Mandats verhandeln. Sie treffen darüber hinaus wöchentlich die Vertreter der Mitgliedstaaten, um sie über den Verhandlungsstand aufzuklären und deren Positionen zu berücksichtigen. Auch das Europäische Parlament wird regelmäßig über den neuesten Verhandlungsstand in Kenntnis gesetzt. Der federführende Ausschuss für internationalen Handel (INTA) im Europäischen Parlament wird grundsätzlich von der Kommission unter Ausschluss der Öffentlichkeit vor und nach jeder Verhandlungsrunde informiert. Als Gesetzgeber hat das Parlament – insbesondere die für TTIP zuständigen Abgeordneten – Zugang zu allen Dokumenten, selbst zu den vertraulichsten.

Die Verhandlungen sind transparenter als alle Verhandlungen in der Vergangenheit. Es werden viele Informationstreffen mit den unterschiedlichen Interessenvertretern durchgeführt. Die Positionspapiere der Europäischen Kommission sind bekannt und können ebenfalls online eingesehen werden: http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ttip/index_de.htm. Die Europäische Kommission hat zudem vor kurzem eine Beratungsgruppe eingesetzt, die regelmäßig unterrichtet und konsultiert wird. Sie setzt sich u.a. auch aus Vertretern von Umweltschutzorganisationen und Verbraucherorganisationen zusammen. Die Verhandlungen laufen also unter Aufsicht der EU-Regierungen und des Europäischen Parlaments sowie Vertretern der Zivilgesellschaft. Nach dem

Lissabon-Vertrag bedürfen alle internationalen Abkommen, die die EU abschließt – einschließlich der Handelsabkommen – der Zustimmung durch uns Europaabgeordnete. Dadurch ist sichergestellt, dass unsere Positionen in allen Phasen der Verhandlungen in angemessener Weise berücksichtigt werden und das Abkommen am Ende nur in Kraft treten kann, wenn unser Standpunkt, einschließlich geäußerter Bedenken, berücksichtigt wurde. Auch die Mitgliedstaaten müssen die Ergebnisse nach Abschluss der Verhandlungen genehmigen, bevor sie für die EU verbindlich werden. Alle wichtigen Entscheidungen der Bundesrepublik in der Vergangenheit, wie die soziale Marktwirtschaft, die Wiederbewaffnung der Bundeswehr oder auch der NATO-Doppelbeschluss, die anfangs große Besorgnis in der Bevölkerung ausgelöst haben, haben sich letztlich und langfristig als positiv für die Republik herausgestellt.

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit meinen Ausführungen weitergeholfen habe und Ihnen meine Position darlegen konnte: Kein Abkommen um jeden Preis und Erhalt unseres hohen Niveau an Gesundheits-, Produktsicherheits- und Umweltschutz in vollem Umfang.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihr Karl-Heinz Florenz (MdEP)



Maria Noichl, 24. April 2014

Sehr geehrte Vertreter vom Bündnis Junge Landwirtschaft e.V.,
liebe jAbLer,

die inhaltlichen Knackpunkte die Sie/Ihr in Eurem Brief benennt, sind mir alle wohl bekannt. Als ehemalige Sprecherin für Agrar und Forst der SPD Landtagsfraktion und selbst AbL-Mitgliede stehe ich nah an Ihrer/Eurer Seite.

Ich habe mit dem Platz 18 der SPD-Bundesliste eine gute Möglichkeit ins Europäischer Parlament einzuziehen und würde mich dann um einen Sitz im Agrarausschuss bemühen. Obwohl ich selbst nicht aus einer Landwirtschaft stamme, ist mir das Thema extrem wichtig und meiner Meinung nach der Schlüssel zu langfristige Wohlergehen von Mensch, Tier und Umwelt.

Jeder Parlamentarier schwört „Schaden vom Volk“ abzuhalten. Dies kann man im Bereich der Landwirtschaft in vielfältiger Weise tun.

Sehr gern bin ich zu Gesprächen bereit.

Doch erst muss ich einmal gewählt sein.

Bis zum 25.5. ist mein Kalender randvoll.

Aber dann: so oder so, dann freue ich mich auf einen regen Austausch.

Übrigens: Ich würde NIE die Hand für TTIP heben.... Enkeltaugliche Politik sieht anders aus.

Herzlichst
Maria Noichl
SPD-Europakandidatin für Oberbayern & Schwaben

Gabriele Preuß, 24. April 2014

Sehr geehrter Herr Thomas,
vielen Dank für die Übermittlung dieser Stellungnahme. Für mich persönlich hat der Verbraucherschutz einen hohen Stellenwert, daher teile ich Ihre Bedenken bzgl. der bisherigen Inhalte und den nicht transparenten Verhandlungsergebnissen zum TTIP mit den USA und werde im Falle meiner Wahl in das Europäische Parlament dem Abkommen in dieser Form nicht meine Zustimmung geben. Es ist für mich auch nicht nach zu vollziehen, dass man in Entwicklungsländern kleinteilige Landwirtschaft mit hohen Subventionen unterstützt und im europäischen Raum durch den von Ihnen beschriebenen Industrialisierungsprozess genau diese Form eines nachhaltigen, ökologischen und ökonomischen Gleichgewichts die Existenzgrundlage von bäuerlichen Betrieben auf Dauer entzieht. Gerne würde ich mich über diese Problematik mit Ihnen und Ihren Interessenvertretern nach der Europawahl austauschen.

Mit besten Grüßen aus dem Ruhrgebiet,

Gabriele Preuß
SPD-Europakandidatin NRW

Susanne Melior, 7. Mai 2014

Sehr geehrte Herren Thomas, Lehnert und Freudl,
vielen Dank für Ihren Offenen Brief, der mich gestern erreichte. Sie sprechen darin u.a. das TTIP an, aber auch die Situation in der Landwirtschaft gerade für junge Landwirte. Wir sind in vielen Positionen nah beieinander, besonders was die Einschätzung angeht, dass der Landwirtschaft in Zukunft die Fachkräfte fehlen werden und wir uns mehr als bisher Gedanken darüber machen müssen, wie die Betriebsnachfolgen gesichert werden können. Dabei spielen die Verteilung des kostbaren Guts Fläche, aber auch bessere Startbedingungen für Junglandwirte eine große Rolle. Zum TTIP habe ich mich bereits mehrfach geäußert und teile Ihre kritische Einschätzung ausdrücklich, gerade was die Risiken für den europäischen Agrarmarkt angeht.
(<https://www.abgeordnetenwatch.de/profile/susanne-melior>)

Über all diese Fragen würde ich gern mit Ihnen ausführlicher ins Gespräch kommen. Leider bleibt vor den Wahlen zum Europaparlament wenig Zeit und so kann ich Ihnen bis zum 25. Mai 2014 keinen Termin mehr anbieten. Ich bin aber sicher, dass es danach eine Gelegenheit gibt, den Austausch zu vertiefen.

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Melior, MdL
stellvertretende Vorsitzende SPD-Landtagsfraktion

Kerstin Westphal, 7. Mai 2014

Sehr geehrter Herr Lehnert, sehr geehrter Herr Freudl,

im Namen von Frau Westphal bedanke ich mich für den zugesandten Brief. Dessen Inhalt haben wir zur Kenntnis genommen.

Hinsichtlich der Haltung von Frau Westphal zu TTIP gestatte ich mir auf nachfolgenden Link zu verweisen: <http://kerstin-westphal.de/meldungen/zum-geplanten-freihandelsabkommen/>

Mit freundlichen Grüßen

Philipp Krieg

wissenschaftlicher Mitarbeiter

Nils Hindersmann, 7. Mai 2014

Sehr geehrter Herr Lehnert,
sehr geehrter Herr Frendl,

ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen, dass Sie mir Ihren offenen Brief zugeschickt haben. Ich habe den Teil zu den TTIP Abkommen besonders aufmerksam gelesen und teile Ihre Sorgen.

Die SPD hat daher ebenfalls mehr Transparenz gefordert. Die grundsätzlichen Verhandlungsdokumente müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und unsere Interessen müssen gesichert bleiben:

1. Die geltenden Arbeitnehmerrechte, Verbraucherschutz-, Lebensmittel-, Umwelt- und Gesundheitsschutzvorschriften dürfen nicht in Frage gestellt werden. Datenschutz, kulturelle Vielfalt in der EU und Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge sind nicht verhandelbar.
2. Ein Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (ISDS), der es Investoren bei der vermeintlichen Verletzung ihrer Investorenrechte ermöglichen würde, Staaten vor internationalen Schiedsstellen außerhalb nationaler Rechtssysteme direkt auf Schadensersatz zu verklagen, lehnen wir im Falle von TTIP ab. ISDS ist zwischen zwei entwickelten Rechtsstaaten nicht notwendig. Demokratisch herbeigeführte Entscheidungen für das Allgemeinwohl dürfen nicht in Frage gestellt werden.

Das ist die Position der SPD Europaabgeordneten und auch meine. Gerne stehe ich Ihnen aber auch zu einem persönlichen Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Nils Hindersmann

SPD Kandidat für das Europaparlament



ALDE, Liberale

Magnus Buhlert, 23. April 2014

Sehr geehrte Herren Lehnert, Frendl und Thomas!

Haben Sie herzlichen Dank für Ihre Anfrage. Ich bin Freund der sozialen Marktwirtschaft. Als solcher bin ich für ein Senken der Großbetriebe bevorzugenden Agrarsubventionen. Zugleich bin ich der Auffassung, dass im Rahmen von politisch gesetzten und zu setzenden Qualitäts-, Umwelt- und Tierschutz-Standards der Agrarmarkt als Markt organisiert sein sollte. Betreffs des Freihandelsabkommens bin ich entschieden der Meinung, dass wir eines brauchen. Zudem bin ich der Auffassung, dass dies zu von Europa zu bestimmenden Bedingungen geschehen sollte. So ein

Abkommen birgt Risiken und Chancen. Es gilt die Chancen zu nutzen, ohne die Risiken einzugehen. So wie keine Autos importiert werden, die nicht unseren Sicherheitsstandards genügen, sollten auch keine Lebensmittel importiert werden, die nicht unseren Qualitätsstandards entsprechen. Soweit in Kürze.

Mit freundlichen Grüßen

Magnus Buhlert
Stellvertretender Landesvorsitzender der FDP Bremen
Vorsitzender des FDP Kreisverbandes Bremen Links der Weser

Britta Reimers, 14. Mai 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihren Offenen Brief vom 23. April.

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft ist eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Unsere Landwirte sollen eine ausreichende und bezahlbare Lebensmittelversorgung sicherstellen, gleichzeitig aber auch von ihren Erträgen leben können. Betriebe, die langfristig nur durch hohe öffentliche Förderung bestehen können, müssen daher wirtschaftlicher werden. Dies führt auch dazu, dass sich einige Höfe nicht werden halten können. Allerdings hat sich die FDP im Europäischen Parlament erfolgreich dafür eingesetzt, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) für nichtöffentliche Mittel zu öffnen, da viele Gemeinden zunehmend Probleme haben, die für

Deutschland geltende Ko-Finanzierungsrate von ELER-Programmen aufzubringen. Nichtöffentliches Geld könnte diese Finanzierungslücke schließen, denn Investitionen und die Anpassung der Infrastruktur in ländlichen Regionen erhöhen deren Attraktivität und schaffen Arbeitsplätze. Eine bloße Strukturkonservierung jedoch ist "Geldverbrennen".

Grundsätzlich ist es wichtig, mit engagierter Politik den ländlichen Raum zu fördern, damit diese Regionen sich dem demografischen Wandel stellen können. Regionale Wertschöpfung ist hier ein Ziel, das es zu verfolgen gilt. Dennoch muss ein Weg gefunden werden, um die hohen Hygiene- und Sicherheitsstandards zu halten, die wir für Lebensmittel in der EU haben. Der dichteste Schlachthof ist nicht immer der geeignetste.

Bei der TTIP sehe ich die Chancen für die dringend benötigten Wirtschaftsimpulse und, vor dem Hintergrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa, daraus folgend hunderttausende Arbeitsplätze. Darüber hinaus stehen die Abschaffung von Standards und Gesetzen nicht zur Debatte. Ein bereits bestehendes Gesetz kann nicht durch die TTIP nicht umgangen werden. So kann beispielsweise ein bestehendes Verbot von Hormonfleisch oder von Chlorhühnerfleisch nicht in Frage gestellt werden.

Das einzige, was das Abkommen unterstreicht, ist ein Diskriminierungsverbot. Das heißt: Was für Inländer gilt, muss auch für Ausländer gelten. Dies ist auch im Interesse deutscher und europäischer Unternehmen, die in den USA Geschäfte machen. Die Öffnung des Marktes sorgt für eine größere Produktvielfalt, aus der der Verbraucher wählen kann. Wir Liberale setzen uns hier auch dafür ein, dass Registrierungs- und Zertifizierungsvorschriften nicht ausufern. "Beipackzettel für Lebensmittel" sind ein unnötiges Mehr an Bürokratie, welches zudem erneut Kosten für die Unternehmen verursacht. Ein guter Weg ist hier, zum Beispiel auf freiwillige Listen zu setzen, in die sich die Firmen eintragen können. So setzt man auch auf die Eigenverantwortung der Verbraucher, sich zu informieren.

Insgesamt ist die TTIP daher ein vielversprechender Ansatz. Dass während der Verhandlungsphase und vor Abschluss des Abkommens in diesen sensiblen Bereichen ein gewisser Grad an Diskretion geboten ist, ist selbstverständlich. Handelskommissar Karel de Gucht, der die Gespräche

federführend für die EU betreut, informiert das Europäische Parlament und den Rat fortlaufend über den aktuellen Stand. Auch haben beide Institutionen das Recht, das Endresultat abzulehnen. Kürzlich hat das Europäische Parlament den Vorschlag der Kommission für eine neue Saatgutverordnung abgelehnt. Dies habe auch ich unterstützt. Neben dem in meinen Augen fehlenden Hygieneaspekt und den damit mangelhaften Vorkehrungen für Seuchenschutz war der Grund dafür vor allem, dass die Kommission hier kurz vor der Wahl ein sehr umfangreiches Vorhaben noch schnell durchdrücken wollte. Ich begrüße es, dass sich die Abgeordneten hier nicht haben gängeln lassen und deutlich gemacht haben, dass eine gründliche und informierte Bearbeitung des Themas wichtiger ist als eine schnelle Abschlussmeldung.

Im Bereich Tierschutz und art- bzw. tiergerechter Haltung plädieren wir dafür, zunächst einheitliche allgemeine Handlungsgrundsätze in Europa in etablieren. Die Grundregeln zum Schutz von landwirtschaftlichen Nutztieren beruhen auf dem Europäischen Übereinkommen zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen. Danach definiert sich der Tierschutz nach dem:

- Freisein von Hunger und Durst (Zugang zu frischem Trinkwasser und gesunder Nahrung),
- Freisein von Unbehagen (angemessenes Lebensumfeld mit Unterschlupf und bequemem Liegeplatz),
- Freisein von Schmerzen, Verletzungen und Krankheiten (Verhütung bzw. schnelle Behandlung),
- Freisein zum Ausleben normaler Verhaltensweisen (ausreichendes Platzangebot, angemessene Funktionsbereiche und sozialer Kontakt zu Artgenossen),
- Freisein von Angst und Leiden (Haltungsbedingungen und Behandlungen, die Leiden vermeiden).

Diese fünf Freiheiten müssen für alle Tiere gelten.

Um nachhaltige Entwicklung zu gestalten, ist es wichtig, dass ein Ausgleich gefunden wird zwischen der Wirtschaft, dem Sozialen und der Ökologie. Nimmt einer dieser Faktoren Überhand, geht dies zu Lasten der anderen beiden. Das Greening im Zuge der GAP-Reform ist ein gutes Beispiel: Die europäische Natur stellt unterschiedliche Anforderungen an diejenigen, die sie bewirtschaften. Vom Schreibtisch in Brüssel aus einheitlich festzulegen, welcher Prozentsatz der Fläche wie bewirtschaftet werden soll, wird diesen Unterschieden nicht gerecht. Wir sollten den Landwirten in Europa mehr Vertrauen und Eigenverantwortung zugestehen, da eine gesunde Umwelt auf ihrem Hof ein essentieller Bestandteil der Qualität ihres Produktes ist. Sie haben daher ein wirtschaftliches Interesse, für ökologisch gute Bedingungen zu sorgen.

Darüber hinaus ist es in diesem Zusammenhang auch wichtig, dass nicht zu viele Ausnahmen und Regelungen für Sonderfälle Einzug in die Fördermittelverteilung halten. Wie bereits angesprochen muss sich die Landwirtschaft aktuellen Herausforderungen stellen. Es ist nicht nachhaltig, veraltete Strukturen künstlich am Leben zu erhalten.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen mit dieser Antwort die Positionen der FDP eingehend darlegen und verbleibe

Mit freundlichen Grüßen

Britta Reimers, MdEP

Landwirtschaftspolitische Sprecherin der FDP-Delegation im Europäischen Parlament

i.A. Artemis Tsomidou



The Greens European Free Alliance
THE GREENS EUROPEAN FREE ALLIANCE

GRÜNE

Terry Reintke, 23. April 2014

Liebe Kaya, lieber Willi, lieber Daniel,

danke für euren Brief. Er bestärkt mich nochmal in meiner Meinung:).

In den Diskussionen zu europäischer Agrarpolitik erwähne ich immer explizit die Belange junger Bäuerinnen und Bauern, aber euer Schreiben ist nochmal guter Rückenwind.

Also Danke!

Liebe Grüße,

Terry



GUE/NGL

Sozialisten

VERBOND EUROPESE LINKS NORD SEDE GRUPE LINKE
FRACCIÓN VERDEZQUEZAS EN EL PARLAMENTO

Treffen mit **MdEP Helmut Scholz** und **MdB Kirsten Tackmann** am 30.04.2014, 09:00 Uhr Berlin

Cornelia Ernst, 28. April 2014

Sehr geehrte Damen und Herren vom Bündnis Junge Landwirtschaft,

vielen Dank für Ihr Schreiben und Ihr Engagement gegen das TTIP. Die LINKE. wird bei der Abstimmung im Europaparlament gegen TTIP stimmen, denn wir können die geheimen Verhandlungen nicht akzeptieren, und genauso wenig die drohenden Absenkungen von Standards in den Bereichen Verbraucherschutz, Arbeitnehmerrechte, Datenschutz usw.

Hier finden Sie weitere Informationen zum TTIP und die Broschüre der linken Delegation zum TTIP:

<http://www.dielinke-europa.eu/topic/1026.dossiers.html?tcid=21>

Hier unsere Position zur reformierten Gemeinsamen Agrarpolitik:

Die Position zu einer GAP 2020+ muss sich auch an der Bewertung der Ergebnisse der aktuellen GAP-Reform orientieren. Wir werden bis dahin prüfen und diskutieren, ob die Förderwirkung der *Direktzahlungen* für gesellschaftliche Ziele (soziale, ökologische) eine Fortführung weiter rechtfertigen und die beiden Säulen weiterbestehen oder zusammengeführt werden sollten.

Dabei kann die Förderpolitik auch nicht abgelöst von der Marktordnung und anderen Rahmenbedingungen bewertet werden. Soziale und ökologische Ziele im gesellschaftlichen Interesse können beispielsweise auch durch *Marktregeln* gesichert werden statt durch Förderpolitik.

Andersherum können die Folgen eines sozial und ökologisch blinden Marktes nur begrenzt durch Fördermittel ausgeglichen werden.

Schwerpunkte in der EU-Agrarpolitik sind für DIE LINKE der Erhalt und die Schaffung von existenzsichernd bezahlten *Arbeitsplätzen in den Ländlichen Räumen*, der Schutz des Klimas, Erhalt der Kulturlandschaft und der biologischen Vielfalt sowie tiergerechte Haltungsbedingungen.

Gekoppelte Zahlungen sollten Ausnahmen bleiben, aber als Option bei besonderen Bedarfen zum

Beispiel zum Erhalt der Schaf- und Ziegenhaltung zur Landschaftspflege oder zur Sicherung der Vielfalt von Anbaukulturen (Kartoffeln) genutzt werden.

Ich hoffe, das beantwortet Ihre Fragen.

Bitte kontaktieren Sie uns, wenn Sie noch weitere Fragen haben.

Mit freundlichen Grüßen

Cornelia Ernst (MdEP)

Jennifer Michelle Rath, 06. Mai 2014

Hallo Daniel Freudl, Willi Lehnert und Kaya Thomas von jAbL.

Vielen Dank für eure Mail! TTIP ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer!

Es hebt durch die Sonderklagerechte, die normalen Gesetze aus und gibt den Konzernen einen Freibrief.

Demokratie wie wir sie kennen gibt es dann nicht mehr, weil Konzerne den Handel und die Gesetze durch das Freihandels und Investitionsabkommen bestimmen werden.

Wir brauchen gesunde Lebensmittel, qualitativ hochwertige Waren, ein gesundes Leben, Gesetze auf deren Sicherheit man sich verlassen kann, Schutz für die Arbeitnehmer und auch Schutz für unsere Umwelt!

All das zeigt was uns wichtig ist und TTIP würde uns das alles nehmen!

Gemeinsam sind wir stark! Ich habe die Pediton "Gegen TTIP" unterzeichnet.

Ich würde freuen, wenn wir ins Gespräch kämen.

Bitte entschuldigen sie meine späte Mitteilung!

Herzliche Grüße

Jennifer Michelle Rath

Martina Michels, 14. Mai 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Jungbäuerinnen und Jungbauern,

vielen Dank für Ihr Anschreiben hinsichtlich der Stellung der Landwirtschaft, auch im Kontext des Freihandelsabkommens zwischen Europa und der USA.

Wie Sie unserem Europawahlprogramm unter dem Abschnitt: "Eine verantwortungsvolle Land- und Forstwirtschaftspolitik" entnehmen können, setzt sich DIE LINKE für eine zukunftsorientierte Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ein, von der maßgeblich die Ernährungsgrundlage für die 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger der EU bestimmt wird, unter Berücksichtigung der weltweiten Probleme – Armut, Hunger, Ressourcenknappheit und Klimawandel.

Auch der von Ihnen angesprochene Aspekt der verstärkten lokalen und regionalen Förderung wird von uns unterstützt.

Ein weiteres Anliegen der LINKEN im Europaparlament bei der Ausgestaltung der GAP 2014-2020 waren neben den ökologischen Bedingungen vor allem auch die sozialen Voraussetzungen in der Landwirtschaft: Mindestlöhne in allen Mitgliedstaaten, Sozialversicherungspflicht für Angestellte, mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte, Ausbildung und Beschäftigung für Menschen mit Behinderungen sowie die Anrechnung der Arbeitskosten bei Großbetrieben sollen überprüfbare Voraussetzungen für die Zahlung von Prämien aus dem Agrar-Etat der EU werden.

Darüber hinaus lehnt DIE LINKE die Gentechnik in der Landwirtschaft und Patente auf Pflanzen, Tiere und anderes Leben lehnen wir ab. Wir fordern, dass das uneingeschränkte Recht auf freien Nachbau des Saatgutes wiederhergestellt wird. Die Macht transnationaler Konzerne wie Monsanto muss gebrochen werden. Wir setzen uns für eine tier-, standort- und umweltgerechte bodengebundene Nutztierhaltung in allen Landbewirtschaftungssystemen ein.

Das große Problem neben diesen inhaltlichen Schwierigkeiten im Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA liegt darin, dass dieses Abkommen unseres Erachtens völlig ohne jegliche Transparenz verhandelt wird, der Verhandlungstext ist geheim.

Dieser Geheimvertrag gefährdet nicht nur Umwelt und Gesundheit sondern auch die öffentliche Förderung von Kultur und anderen Bereichen.

Deshalb gibt es für DIE LINKE nur eine logische Konsequenz: Verhandlungen zum Freihandelsabkommen sofort stoppen!

Anbei sende ich Ihnen die aktuelle Broschüre der Delegation DIE LINKE im Europaparlament zum Freihandelsabkommen!

Für weitere Fragen stehe ich Ihnen sehr gerne zur Verfügung!

Mit besten Grüßen,

Martina Michels (MdEP)

Committee on Culture and Education

Delegation for the Relations with the People's Republic of China
